



Aktionstag in Wiesbaden

IG Metall und Betriebsrat verhandeln seit Mittwoch mit Insolvenzverwalter und Vertretern des Unternehmens über einen Interessenausgleich und Sozialplan sowie eine Transfergesellschaft. Die Verhandlungen gingen auch am Freitag weiter. Sie sind ein Teil der gemeinsamen Bemühungen von IG Metall und Betriebsrat, eine Lösung für den Standort Offenbach zu finden.

Deutliche Kritik

Bei dem Aktionstag in Wiesbaden haben 1000 Roländer deutlich gemacht, dass sie ein stärkeres Engagement der Landesregierung erwarten. Vor der Staatskanzlei kritisierte Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD-Fraktions- und Landesvorsitzender, die Landesregierung: „Es kann

nicht sein, dass die manroland-Mitarbeiter in Hessen nun die Zeche dafür zahlen müssen, dass die Landesregierung ihr Regierungshandeln eingestellt hat. manroland baut ein gutes Produkt und hat eine Zukunft. Ein Handeln ist überfällig – während die Standorte in anderen Bundesländern von ihren Landesregierungen unterstützt werden, hängen die hessischen wegen den schwarz-gelben Stillstandsverwaltern in der Schwebe.“

IG Metall-Bezirksleiter Armin Schild warf der Landesregierung vor, sich lieber für eine Börsenfusion in New York zu engagieren als für die Beschäftigten und ihre Familien in Offenbach. „Man wagt kaum davon zu träumen, dass sich der hessische Ministerpräsident persönlich für das Schicksal von 1900 Familien, die

Zukunft der Region Offenbach und den Erhalt des wichtigsten Industriebetriebes in dieser Region interessieren könnte.“

Notwendige Hilfe

Schild rief den Ministerpräsidenten dazu auf, sich öffentlich für den Standort einzusetzen und Landesmittel freizumachen. „Obwohl wir Licht am Ende des Tunnels sehen, wird ein möglicher Investor nur einen Teil der Arbeitsplätze garantieren können.“ Die Erste Bevollmächtigte der IG Metall-Offenbach, Marita Weber, verlangte: „Der Ministerpräsident und der Wirtschafts-

minister sind gefordert, das Unternehmen kurzfristig durch Bürgschaften oder Kredite finanziell zu unterstützen, damit Fortführungskonzepte greifen können.“ Dabei braucht es die Unterstützung der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. Denkbar wäre auch, dass die Landesregierung EU-Mittel für Transfer- und Qualifizierungsgesellschaften abrufen. Weber verspricht: „Die IG Metall wird alles dafür tun, möglichst viele Arbeitsplätze dauerhaft zu erhalten und die von einem Arbeitsplatzabbau betroffenen Menschen in alternative Arbeitsplätze zu vermitteln.“

Weitere Informationen gibt es unter:
www.solidaritaet-mit-den-rolaendern.de



Beitrittserklärung

Gemeinsam stark.



Name Vorname Geburtsdatum Geschlecht M/W

Land PLZ Wohnort Telefon

Straße Hausnummer E-Mail

beschäftigt bei/PLZ/Ort Tätigkeit/Beruf/Ausbildung/Studium Vollzeit Teilzeit

Bruttoeinkommen in Euro Bankleitzahl Bank/Zweigstelle Konto-Nummer

Beitrag Kontoinhaber/in/Fremdzahler/in Eintritt ab

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet.

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Ort / Datum / Unterschrift

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten, der IG Metall-Verwaltungsstelle oder schicken an: IG Metall-Vorstand, FB Mitglieder/Kampagnen, 60539 Frankfurt am Main